

September 2014

**Schweizer Sicherheits- und Militärpolitik:**

## **Die 9 gravierendsten Irrtümer in der aktuellen Diskussion**

Hindernisse in der Konsensbildung



## Inhalt

<b>Vorwort</b>	<b>3</b>
<b>Irrtum 1:</b> «Die Sicherheitspolitik hat sich fundamental gewandelt – die Rezepte von frü- her gelten heute nicht mehr.»	<b>4</b>
<b>Irrtum 2:</b> «Die Welt wird laufend sicherer.»	<b>5</b>
<b>Irrtum 3:</b> «Russland verfolgt nur legitime Sicherheitsinteressen.»	<b>7</b>
<b>Irrtum 4:</b> Wir hätten die falsche Armee – heute bedingten Cyber War und asymmetrische Kon- flikte andere Mittel.	<b>8</b>
<b>Irrtum 5:</b> «Bei der Armee kann weiter verkleinert und gespart werden.»	<b>9</b>
<b>Irrtum 6:</b> «Panzer und Flugzeuge sind von gestern.»	<b>11</b>
<b>Irrtum 7:</b> «Bei der Armee und bei teuren Beschaffungen muss das Volk mitreden.»	<b>12</b>
<b>Irrtum 8:</b> «Mit unserer Armee steht es immer noch zum Besten; die Experten in Bern entwickeln und verbessern sie laufend.»	<b>13</b>
<b>Irrtum 9:</b>  «Die WEA ist auf Kurs, wir müssen nur die Botschaft etwas volksnäher redigieren, dann ist alles in Butter.»	<b>14</b>

## Vorwort

*Die militärpolitische Lage in der Schweiz ist nach der Ablehnung des Gripen desolat. Es fehlt der Konsens im Bundesrat, in den Kammern der Räte, bei den staatstragenden Parteien und in den Milizverbänden.*

*Manche Leute glauben, dass man nach dem (vorläufigen) Scheitern der Erneuerung der Luftwaffe einfach zur Tagesordnung übergehen kann. Man wendet sich wieder dem Umbau der Bodestreitkräfte (WEA) zu und geht davon aus, entstandene oder entstehende Lücken mit BODLUV zu kompensieren. Wir bezweifeln, dass das klug ist.*

*Es braucht zunächst einen neuen Minimalkonsens unter den sicherheitspolitisch verantwortungsvollen Kräften. Dem dient ein bald vorliegendes Update zum Sicherheitspolitischen Bericht von 2010. Nachdem ein solches Update vom VBS schon angekündigt ist, sollte es der zurückgestellten WEA vorgezogen werden. Denn jeder Politiker, der sich der Konsensbildung entziehen will (und das dürften in Bundes-Bern aktuell nicht wenige sein), wird sagen: Bevor ich über die Details einer weiterentwickelten Armee (WEA) befinde, will ich eine aktuelle sicherheitspolitische Lagebeurteilung und Strategie sehen. Das vermag ein gutes Update zum Sicherheitsbericht 2010 bieten.*

*Der Hinweis, die erarbeitete und vom Departement für den Spätsommer in Aussicht gestellte WEA ziehe*

*die Lehren aus dem letzten Sicherheitsbericht von 2010 sowie dem dazugehörigen Armeebericht, sticht wohl nur noch bei den – immer weniger zahlreichen – «wohlgesinnten» Sicherheitspolitikern. Dem grossen Rest ist es heute egal, was Bundesrat und VBS vor vier Jahren in den Berichten des Jahres 2010 dazu geschrieben haben. Vier Jahre sind in der Politik eine Ewigkeit, vor allem, wenn dazwischen noch Wahlen liegen.*

*Das VBS wäre darum gut beraten, jetzt einen Top-Down-Approach zu wählen. In hoher Kadenz sollte das Update des Sicherheitsberichtes vorliegen, dann – darauf abgestimmt – die WEA und die Konzeption Luft (in Umsetzung des Postulates Galladé). Zu allen drei Vorlagen sollte der Bundesrat anschliessend das Plazet der beiden Kammern der eidgenössischen Räte einholen.*

*Unsere Studie richtet vor diesem Hintergrund den Blick auf einige zentrale Feststellungen, Tatsachen und Eckwerte unserer Sicherheits- und Militärpolitik. Sie tut das in Form von aus der laufenden Diskussion aufgegriffenen Irrtümern und unseren Entgegnungen dazu. Mit diesem dialektischen Ansatz wollen wir mithelfen, den abhanden gekommenen Konsens wieder herzustellen.*

Dr. Günter Heuberger, Präsident VSWW



## Irrtum 1: Die Sicherheitspolitik habe sich fundamental gewandelt – die Rezepte von früher würden heute nicht mehr gelten.

**Fakt ist: Was die Zukunft bringen wird, weiss niemand. Die Sicherheitspolitik hat mit Blick auf alle Eventualitäten und mit entsprechender Ausgestaltung ihrer Mittel das Erreichen der verfassungsmässigen Ziele sicherzustellen. Und diese Ziele sind unverändert gültig.**

Was uns in Zukunft erwarten wird und welchen Gefahren und Bedrohungen wir uns stellen müssen, kann von niemandem vorausgesagt werden. Oftmals kommen Krisensituationen und Konflikte, welche sicherheitspolitische Interventionen nach sich ziehen, unangekündigt und frei nach dem Motto «Unverhofft kommt oft». Die Geschichte lehrt uns an verschiedenen Beispielen, dass die Zukunft nicht einmal auf mittlere Sicht politisch-strategisch voraussehbar ist. Wer hat 1985 die nur wenig später einsetzende Auflösung des Sowjetimperiums ernsthaft vorausgesehen? Niemand, nicht einmal ein so zentraler Akteur wie Michael Gorbatschow; auch Henry Kissinger sah das Epochenereignis nicht kommen, wie er später ohne Umschweife zugegeben hat. Wer hat 1989 den Ausbruch des mörderischen Bürgerkrieges im Balkan vorausgesehen? Wer hat 2000 ernsthaft mit einem Attentat vom Ausmass des 11. Septembers 2001 gerechnet? Wer hat 2010 den Sturz Mubaraks oder Gaddafis erahnt und wer hat 2013 die Rückintegration der Krim sowie den Bürgerkrieg in der Ukraine vorhergesehen? Niemand.

Immer noch gilt: «L'avenir reste généralement imprévisible» (André Beaufre). Daher haben auch 2014 Regierungen allen Grund, sicherheitspolitisch kluge Vorsicht walten zu lassen und die Militär- und Rüstungspolitik nicht einfach den Opportunitäten naiver zeitgenössischer Strömungen auszusetzen.

Gerne und oft wird mit Bezug auf die Definition einer «Wahrscheinlichkeit» und einer «Vorwarnzeit» ver-

sucht, die richtige sicherheitspolitische Strategie zu formulieren. So wollte uns jüngst der «Blick» (6.5.2014) weismachen, der Nachrichtendienst hätte eine auf 10 Jahre angesetzte Vorwarnzeit für einen Konflikt in Europa nach Anschluss der Krim an Russland nach unten revidiert. Denken in «Wahrscheinlichkeiten» und «Vorwarnzeiten» führt sicherheitspolitisch unweigerlich in die Irre, denn der Denkansatz ist falsch: Würden beispielsweise unsere Kommunen ihre Feuerwehren entsprechend den wahrscheinlichen Einsätzen organisieren, bestünden diese schwergewichtig aus Imkern und Sanitärinstallateuren mit der primären Fähigkeit, Wespennester zu beseitigen und überschwemmte Keller trockenzulegen. Als Fahrzeuge würden Occasions-Kombis genügen und ein paar Standardgeräte dazu. Jedes Kind aber weiss, dass eine richtige Feuerwehr rote Spezialfahrzeuge, Tanklöschfahrzeuge und Drehleitern braucht, denn irgend einmal könnte das Altersheim oder eine grosse Schule brennen. Die Feuerwehr muss sich am gefährlichsten Szenario orientieren – dasselbe gilt für die Sicherheitspolitik.



*Die Sicherheitspolitik muss mit Weitsicht betrieben werden und allen Eventualitäten gerecht werden.  
(Copyright: Schweizer Armee – ZEM | Urheber: André Scheidegger)*

Damit hat das Argument, dass die Bevölkerung in erster Linie den direkten Nutzen der Armee (also subsidiäre Leistungen) goutiere, beschränkt Gültigkeit. Selbstverständlich soll die Armee mit ihren Mitteln und ihren vielen verfügbaren Händen bei Unwettern und Katastrophen helfen und den Kantonen quasi als «strategische Sicherheitsreserve» beistehen. Doch die «raison d'être» der Armee (und daraus müssen die Organisation, die Ausbildung und die Mittel abgeleitet werden) ist eine andere:

Die Sicherheitspolitik muss ihre Mittel und Fähigkeiten so definieren, dass sie in extremis Konfliktformen der gefährlichsten Art entgegentreten kann. Das zentrale Machtmittel stellt dabei die Armee dar, welche auch künftig nur mit ausreichend hohen finanziellen sowie personellen Ressourcen auf Konflikten adäquat reagieren kann. Das Fortführen der über Jahre von Bundesrat und Parlament zu verantwortenden Vernachlässigung der Schweizer Armee ist vor diesem Hintergrund eine riskante Strategie. Sie blendet die Tatsache aus, dass bei unvermittelt auftretenden Konflikten eben die Vorwarnzeit fehlt und damit auch die

Möglichkeit, eine Armee noch rechtzeitig «fit for mission» zu machen. Die jahrelange Vernachlässigung bedeutet letztlich eine Missachtung des Souveräns, der seit 1989 an der Urne vielfach seinen klaren Willen zu ausreichendem militärischem Schutz kundgetan hat.

Die beste Schweizer Sicherheitspolitik ist in diesem Sinne diejenige, die aktuelle und künftige Bedrohungen und Gefahren von Land, Volk und Staat abwenden kann oder aufgrund zeitgemässer Strategien zu meistern imstande ist. Es ist diejenige, die nach vorne schauend auf unseren Werten aufbaut und unsere Traditionen übernimmt, soweit sie nach wie vor gültig sind, sich aber andererseits auch konsequent auf die neuen Gegebenheiten und Bedürfnisse ausrichtet und damit auch den Mut hat, alte Zöpfe abzuschneiden. Es ist nicht zuletzt diejenige, die auch unsere aussenpolitische Handlungsfreiheit erweitert, indem sie mit einem handfesten Beitrag zur Friedenssicherung und Stabilisierung primär in Europa und im europäischen Interessenraum Leistungen erbringt, die auch für unsere Nachbarn wertvoll sind.

## Irrtum 2: Die Welt werde laufend sicherer.

**Fakt ist: Es findet rund um Europa eine «Rückkehr der Geschichte» statt.**

Praktisch alle sicherheitspolitischen Experten argumentieren heute, dass die EU künftig wieder mehr für ihre eigene Sicherheit tun muss. Dies nicht nur, weil sich die USA primär auf den Pazifik ausrichten, sondern auch weil sich die Sicherheitslage im europäischen Umfeld massgeblich verändert, Stichworte dazu lauten: Ukraine, Syrien, Naher Osten sowie Nordafrika mit den Folgen des Arabischen Frühlings. Mittlerweile nagen viele Konfliktherde an Europas Sicherheit.

– Der Sturz des libyschen Despoten Gaddafi war wünschenswert. Die unklare politische Situation mit ei-

ner prekären Sicherheitslage hat heute Libyen und Tunesien zum Sprungbrett für desperate Wirtschaftsfüchtlinge aus ganz Zentralafrika werden lassen. Die voreinst harten Abschreckungsmassnahmen sind im Zuge der Tragödien auf hoher See rasch zurückgenommen worden: Im ersten Halbjahr 2014 sind in Italien 100'000 neue Flüchtlinge eingetroffen. Es ist absehbar, dass der Migrationsdruck so lange anhalten wird, wie im Maghreb instabile Verhältnisse vorherrschen.

– Auch in Ägypten hat sich die Lage nicht – wie von vielen aussenpolitisch naiven Medienschaffenden prognostiziert – hin zum Besseren entwickelt. Der gewählte Muslimbrüder-Präsident Mursi wurde im Sommer 2013 durch die Armee verhaftet und sei-

ne Regierung abgesetzt. Ägypten ist innert kürzester Zeit wieder zu dem geworden, was es de facto auch unter Mubarak schon war: Eine Strate­gie.

- Auch im syrischen Bürgerkrieg lagen die Verhältnisse für viele Medienschaffende scheinbar einfach. Schnell wurde Präsident Assad zum nächsten Despoten erklärt, den das Volk verjagen und anschließend eine Demokratie einrichten würde. Eine vertiefte Auseinandersetzung mit den komplexen Verhältnissen in Syrien hat keiner dieser Kommentatoren vorgenommen. Entsprechend falsch waren die Einschätzungen. Assad sitzt weiterhin sicher im Sattel, das Land versinkt im Chaos. So ist der syrische Bürgerkrieg mit seinen vielen zentrifugalen Kräften zum ständigen Thema der Nachrichtensendungen geworden. Die Rollen der Grossmächte und insbesondere auch diejenige der Golfstaaten bleiben dabei weiterhin verdeckt. Es zeichnet sich ab, dass sich eine (momentan nicht absehbare) «Post-Assad-Situation» auf jede erdenkliche Art und Weise negativ entwickeln könnte.
- Parallel dazu verläuft die Entwicklung im Irak immer rascher und deutlicher in Richtung Staatszerfall. Dort tötete ISIS durch Anschläge bisher über 6000 Menschen, Zehntausende von Christen sind auf der Flucht. ISIS ist eine dschihadistisch-salafistische Terrororganisation, deren Ziel die gewaltsame Errichtung eines Kalifats ist. Dieses soll dereinst Syrien und den Irak, aber auch den Libanon, Israel und Jordanien umfassen. Die Organisation kämpft zudem im syrischen Bürgerkrieg sowohl gegen die Regierung von Präsident Baschar al-Assad als auch gegen die Freie Syrische Armee und gegen die kurdische Minderheit im Norden des Landes. Seit Ende Juni 2014 nennt sich die Organisation nur noch «Islamischer Staat». Ihre Erfolge sind mittlerweile dergestalt, dass

Friedensnobelträger Obama zur bewährten Taktik der Bush-Administration greift und Luftschläge fliegen lässt.

- Durch die vielschichtigen Konflikte samt Staatszerfall entstehen zunehmend Eskalations-Risiken. Dazu gehört auch die Proliferation und damit ein möglicher Einsatz von taktischen nuklearen Waffen in der Hand von Rebellenorganisationen.

Wesentliche Weichenstellungen oder Reaktionen in der westlichen Verteidigungspolitik blieben bisher auf diese Entwicklungen aus. Die USA konzentrieren sich getreu dem von der ehemaligen Aussenministerin Clinton proklamierten Pacific Pivot verstärkt auf Asien. So beschränkt sich die USA auf laute Sanktionsdrohungen in Richtung Russland, die umzusetzen nur wenig europäische Länder bereit sind. Durch eine verfehlte Energiepolitik hängen sicherheitspolitisch relevante Länder wie Deutschland am Öl- und Gas-Tropf Russlands. Mit ihrer kurzsichtigen «Energiewende» tragen Länder wie Deutschland, die auf AKW verzichten wollen und gleichzeitig die Öl- und Gasförderung pushen, zum Erfolg Putins bei. Putin hat dieses Dilemma erkannt und ist bereit, die Situation rücksichtslos auszunutzen. Anders ist seine revisionistische Machtpolitik nicht zu erklären. Es bleibt abzuwarten, ob die im Sommer getroffenen Wirtschaftssanktionen Russland wirklich beeindrucken.

Heute bergen die stark sinkenden Verteidigungsbudgets der EU-Länder zweierlei Gefahren: Zum einen den Verlust von Fähigkeiten zur militärischen Verteidigung oder Intervention in ganz Europa, zum anderen die Wahrnehmung dieser Schwäche durch Machtpolitiker à la Putin und die entsprechende implizite Einladung, sie auszunutzen. Die Wehretats der EU-Mitgliedsländer sind von 2001: 251 Mrd. € auf gerade noch 190 Mrd. € (2012) gesunken. Die Prognose für 2020 lautet: 147 Mrd. Von dieser Politik der Schwäche ist auch die Schweiz betroffen.

## Irrtum 3: Russland verfolge nur legitime Sicherheitsinteressen.

### Fakt ist: Europas Schwäche ist Russlands Stärke.

Die Ereignisse in der Ukraine sind im Wesentlichen ein weiterer Fingerzeig, dass Europa an Bedeutung verliert, während Asien drauf und dran ist, dem Westen seine Vorreiterrolle streitig zu machen. Die nächsten Jahre werden zeigen, ob der «sicherheitspolitische Schutzschirm» von EU und NATO wirksamen Schutz vor weiteren Übergriffen zu bieten vermag. Dies könnte sich etwa bei den drei baltischen Republiken zeigen.

Mit der faktischen Annexion Südossetiens und Abchasiens durch Russland offenbarte sich schon 2008, dass die alten imperialen und hegemonialen Reflexe des russischen Bären wieder erwacht sind. Allzu schnell tat der Westen den kurzen Kaukasuskrieg als Fussnote der Geschichte ab. Dabei sind

die Folgen des sicherheitspolitischen Vakuums in Europa heute stärker denn je. Die nun ausgebrochenen Unruhen in der Ukraine haben die noch immer primär imperial und nationalistisch geprägte Seite der russischen Aussenpolitik auf den Plan gerufen. Die internationale Gemeinschaft wurde mit der Besetzung der Krim vor vollendete Tatsachen gestellt. Damit nicht genug: Unter dem Deckmantel der Befreiung und dem Schutz der russischstämmigen Bevölkerung droht auch der Osten der Ukraine an Russland zu fallen. Fast schon müssig zu erwähnen ist, dass das Donezbecken einer der wichtigsten Industriestandorte der Ukraine ist. Bereits während des Zweiten Weltkriegs erweckte das Gebiet die Begehrlichkeiten Hitlers. So war geplant, die weite Industrieregion, oder was nach der Demontage und dem Abtransport nach Sibirien noch davon übrig war, durch die Heeresgruppe Süd unter dem Kommando von Rundstedt zu erobern. Heute sieht Putin einen legitimen Restitutionsanspruch auf frühere Sowjetgebiete als gegeben.

Mit der Ukraine schliesst sich der Kreis instabiler Staaten um Kerneuropa vorläufig. Selbst wenn in Europa die militärischen Fähigkeiten dazu noch vorhanden wären, reicht das nicht. Zu einem erfolgreichen Gegenübertreten illegitimer Machtansprüche gehören einerseits ein entsprechender politischer Wille und andererseits ein innenpolitischer Konsens darüber, eine entschlossene Politik auch durchzusetzen. Das wissen wir seit dem Ausspruch «Peace for Our Time» von Neville Chamberlain, 11 Monate vor Ausbruch des Zweiten Weltkrieges. Beides ist in Putins Russland vorhanden, beides fehlt in Europa grossflächig. Eine Europäische Union, deren Mitglieder im Gefolge der Finanzkrise vorab mit sich selber beschäftigt sind, wird in absehbarer Zeit nicht zu einer gemeinsamen und kohärenten Sicherheitspolitik finden. Fast schon bemerkenswert mutet da in Deutschland aufkommende



*Chamberlain: Peace for our Time.*

prominente Kritik an, welche die laufende Reform der Bundeswehr als bereits überholt, weil fehlgeleitet, bezeichnet. Im Zuge der Ereignisse in der Ukraine weisen Experten wiederholt auf die Aufgabe der territorialen Verteidigung der Bundeswehr hin. In diesem Kontext werden sowohl die laufende Reform sowie die Aufgabe der Wehrpflicht heftig kritisiert. Ob diese Erkenntnisse auch zur Einsicht der in kürzeren Zeitperioden denkenden Politikern reicht, bleibt offen.



*Simultanschach gegen eine heterogene Truppe*

## Irrtum 4: Wir hätten die falsche Armee – heute bedingten Cyber War und asymmetrische Konflikte andere Mittel.

**Fakt ist: Die aktuellen Konflikte zeigen uns: neuartige Bedrohungen ersetzen klassische Konflikte nicht, sie kommen komplementär dazu. Entsprechend muss eine verantwortungsvolle Sicherheitspolitik sowohl verschiedenen Eskalationsstufen gerecht werden als auch auf verschiedene Bereiche (oder «domains of war») ausgerichtet sein.**

Armeen rechtfertigen sich aus ihrer ultimativen Zweckbestimmung und Aufgabe: Die staatliche Selbstbehauptung im Konfliktfall. Jedes Land definiert vor dem Hintergrund seiner eigenen Geschichte und seiner Möglichkeiten Ausmass und Ausgestaltung der Mittel. Die Aufgaben der Schweizer Armee ist nach wie vor die Verteidigung und Raumsicherung, hinzu kommen Beiträge zur Existenzsicherung und zur Friedensförderung.

Dass in der heutigen Zeit auch Cyber War ein Thema ist, bestreitet kaum jemand. Der Bundesrat hält demzufolge in der «Nationalen Strategie zum Schutz der Schweiz vor Cyber-Risiken» folgende Ziele fest:

- Die frühzeitige Erkennung der Bedrohungen und Gefahren im Cyber-Bereich

- Die Erhöhung der Widerstandsfähigkeit von kritischen Infrastrukturen
- Die wirksame Reduktion von Cyber-Risiken, insbesondere Cyber-Kriminalität, Cyber-Spionage und Cyber-Sabotage

Die Annahme, dass nur noch Cyber-Attacken als Bedrohung für unser Land angesehen werden können, ist hingegen ein Fehlschluss. Wie wir heute wissen, bestand die Hoffnung auf eine friedlichere Welt nach dem Ende des Wettrüstens der Supermächte nur vorübergehend. Bald wurde deutlich, dass die Bipolarität des Kalten Krieges rasch zu einer Multipolarität mit vielen regionalen Konflikten mutierte. Das beste Beispiel dafür sind die Kriege auf dem Balkan, als ein gewaltsam zusammengekitteter Verbund verschiedener Ethnien zu einem Pulverfass wurde. Im Zuge der zunehmenden Technologisierung bewaffneter Konflikte und der sie begleitenden Verteuerung von Material, Munition und Ausbildung werden wohl tendenziell alle Armeen kleiner, dafür die Anforderungen immer anspruchsvoller. Nicht zuletzt aufgrund der Erfahrungen auf dem Balkan, in den Irak-Kriegen und seit 2001 in Afghanistan wird seit mehreren Jahren kaum noch von Abrüstung im grossen Stil gesprochen,



im Gegenteil: Es erfolgt eine Modernisierung der Armeen mit allen materiellen Konsequenzen.

Nur weil kriegerische Konflikte rund um das eigene Land für viele als wenig plausibel erscheinen, wird sowohl von Politikern als auch von gewissen naiven Gruppierungen die Möglichkeit solcher verneint und als Rechtfertigung für die Verlagerung des Schwergewichts der Armee auf derzeit wahrscheinlichere Aufgaben eines nationalen Verbundes der Friedens-, Existenz- und Raumsicherung gebraucht. Im Lichte der Geschichte und einer realistischen Lageeinschätzung ist das ein Trugschluss: Der gefährlichste Fall einer klassisch militärischen Verteidigung muss auch heute noch den Kern der Aufgabe unserer Streitkräfte bilden.

Die Fähigkeit zur Aufgabenerfüllung in künftigen Konfliktformen jeglicher Art muss die Ausgestaltung der Mittel bestimmen: Die Politik ist ihrerseits in der Verantwortung und verpflichtet, für die Erfüllung der verfassungsmässig und gesetzlich fixierten Staatsaufgaben und deren Ziele ausreichende Mittel bereitzustellen und auf sämtliche Bedrohungsszenarien auszurichten. Eine Vernachlässigung klassischer

Armeeelemente, wie beispielsweise Kampftruppen oder Artillerie, würde die Aufgabenerfüllung im Bereiche der Sicherheitspolitik infrage stellen oder eine fundamentale Neuausrichtung der Schweizer Sicherheitspolitik mit markant stärkerer internationaler Abhängigkeit und tieferer eigenständiger Leistungsfähigkeit voraussetzen.



*Auch in Zeiten des Cyber Wars muss die Armee die klassischen Verteidigungskompetenzen aufrechterhalten. (Copyright: Schweizer Armee – ZEM | Urheber: Stefan Huwiler)*

## Irrtum 5: Bei der Armee könne weiter verkleinert und gespart werden.

**Fakt ist: Die Armee hat einen in der Verfassung geregelten Auftrag, welcher die Verteidigung des Landes umfasst. Weitere Abstriche können nicht gemacht werden, ohne die Verteidigungskompetenz zu verlieren.**

Zu den verfassungswesentlichen Merkmalen der Milizarmee gehören verschiedene Faktoren, die unsere Armee als nationale Notwehrorganisation zur Verteidigung des Landes definieren und als Rahmen für die Armee erfüllt sein müssen. Ausgangslage ist die Verfassungs-Definition des Zwecks der Armee in Art. 58 Abs. 2 Satz 1 BV: «Die Armee dient der Kriegs-

verhinderung und trägt bei zur Erhaltung des Friedens; sie verteidigt das Land und seine Bevölkerung.»

Der Auftrag an die Armee ist dreigliedrig:

- Raumsicherung und Verteidigung
- Subsidiäre Einsätze zur Prävention und Bewältigung existenzieller Gefahren
- Beiträge zur Friedensförderung im internationalen Rahmen

Der jahrelange Sparkurs bei der Armee, sowohl personell wie auch finanziell, resultiert jedoch in massiven Fähigkeitslücken insbesondere im Bereich der

Verteidigungskompetenz. Die Armee läuft Gefahr, nur noch eine Art Hilfspolizei zu werden, welche als reines Unterstützungsinstrument der Kantone gilt oder als eine Art nationale Feuerwehr angesehen wird, welche man als willkommene Reserve für rein subsidiäre Tätigkeiten benötigt. Doch eine moderne Armee, die zur Landesverteidigung fähig sein soll, darf gewisse Kernfähigkeiten nicht verlieren, sonst wird sie insgesamt als Instrument untauglich. Wenn Systeme, die über eine grosse Wirkungskraft verfügen, aufgrund der fehlenden Mittel kaum mehr beschafft und unterhalten werden können, fehlt bald die Glaubwürdigkeit des Instrumentes insgesamt: Die Dissuasionswirkung nach Aussen geht verloren, die Akzeptanz im Innern ebenso. Denn der Milizsoldat weiss haargenau, ob er und seine Einheit eine Fähigkeit beherrschen oder nur so tun als ob ...

Damit die Armee die in der Verfassung verankerte Verteidigungskompetenz erhalten kann, braucht sie ausreichende Finanzen. Der gültige dreigliedrige Armeeauftrag, die verfassungsmässige Rahmenbedingung von Milizarmee und Wehrpflicht sowie die heute erkennbaren Fähigkeiten führen zu einem Finanzrahmen von mindestens 5 Milliarden Franken jährlich, wie der VSWW mehrfach vorgerechnet hat. Aus Kriegserfahrungen und aus dem Vergleich mit Wehrbudgets von sich «autonom» verteidigenden Staaten (Israel, Singapur) wissen wir, dass bei einer sich konkretisierenden Bedrohung das Budget sogar ein Mehrfaches dieser 5 Milliarden betragen wird.

Auch personell darf keine weitere Verkleinerung der Streitkräfte mehr stattfinden. Der Armeebestand ist das Resultat der Aushebungsquote mal Anzahl Jahre der Dienstpflicht. Davon abzuziehen sind die Erfahrungswerte der medizinisch und wirtschaftlich bedingten Abgänge. Hinzu kommt die Erhöhung aus den zusätzlichen Dienstjahren der Kader. Die Grösse

unserer Milizarmee ist also nur begrenzt steuerbar, weil sie eine Resultierende der (wechselnden) Vorlieben bezüglich Aushebungsquote als Indiz der Wehrgerechtigkeit und des Respekts vor dem Milizgrundsatz (= planbare Dienste) sowie dem erkannten jederzeitigen Bereitschaftsbedarf ist.

Die Streitkräfte eines Landes sind das einzige Machtmittel, das im Konfliktfall Verantwortung übernehmen kann. Da die Verteidigung – umfassend verstanden – eine langfristig zu erfüllende Funktion des Staates darstellt, sind ihr die vernünftigerweise finanziell benötigten Ressourcen zu gewähren. Bundesrat und Parlament sollten nicht ständig verdrängen, dass erstens die Verteidigung ernst zu nehmen ist und zweitens sechs positive Volksentscheide seit 1990 einem klaren Auftrag an Bundesrat und Parlament gleichkommen, die Verteidigung endlich wieder auf feste Grundlagen zu stellen.



*Die Verfassung regelt den Auftrag der Armee. Um diesem gerecht zu werden, dürfen keine Abstriche mehr gemacht werden (Copyright: Schweizer Armee – ZEM | Urheber: Jonas Kambli)*

## Irrtum 6: Panzer und Flugzeuge seien von gestern.

**Fakt ist: Auch im 21. Jahrhundert muss die Verteidigungskompetenzen weiterhin alle Grundfunktionen einer Streitkraft umfassen. Dazu braucht die Schweizer Armee moderne Mittel zu Boden und in der Luft.**

Sicherheitspolitik ist professionelles Risikomanagement auf Stufe Staat, Sicherheitspolitik muss die gefährlichsten Risiken des Staates abdecken. Unsere diesbezügliche Strategie richtet sich auf die gefährlichsten Risiken aus, deckt die wahrscheinlichsten aus dem Stand ab und muss Restrisiken in Kauf nehmen. Solange wir Streitkräfte haben, werden wir diese auch auf das gefährlichste Risiko eines symmetrischen konventionellen Konfliktes ausrichten müssen. Das bedeutet zurzeit ebenfalls eine Ausrüstung mit mechanisierten Kräften sowie einer glaubwürdigen und modernen Luftwaffe.

Die Wahrung der Lufthoheit ist der grundlegende Aufgabenbereich der Luftwaffe. Sie umfasst den Luftpolizeidienst und die Luftverteidigung. In Krisensituationen und an der Schwelle zu Krieg und Konflikten ist es wichtig, dass unser Luftraum sicher ist. Das Instrument dazu ist die Luftwaffe mit modernen Flugzeugen. Sie überwacht den Luftraum, signalisiert unsere Abwehrbereitschaft und kann rasch eingreifen. Sie ist deshalb primär auch ein Instrument der Kriegsverhinderung. Die Luftwaffe schützt sodann auch unsere heikle Infrastruktur. Ohne ihren Schutz in der Luft könnte die Armee am Boden weder aufmarschieren noch manövrieren. Die Verwundbarkeit aus der Luft ist heute gestiegen – entführte Flugzeuge, Raketen von weit entfernt oder gezielte Luftschläge mit Bombardierungen gehören zum aktuellen Bedrohungsszenario.

Die Notwendigkeit der Luftverteidigung des schweizerischen Hoheitsraumes kann kurzfristig eintreten. Sie wird im Verbund von Kampfflugzeugen und bodengestützten Fliegerabwehrmitteln wahrgenommen. Das Erkennen und die Verhinderung von gegnerischen Aktionen im eigenen Luftraum ist eine sehr anspruchsvolle Aufgabe, die zu jeder Tages- und Nachtzeit und in

allen Wettersituationen mit hoher Erfolgswahrscheinlichkeit gefordert wird. Die entsprechenden Vorkehrungen auch des neutralen Kleinstaates haben sich darauf auszurichten: Trotz aller Kooperation spielt die Fähigkeit, autonom im Bereich Luftverteidigung wirken zu können, weiterhin eine entscheidende Voraussetzung. Die Luftkriegsmittel in der eigenen Hand müssen deshalb quantitativ und qualitativ ausreichend vorhanden sein.

Nach dem Scheitern der Gripen-Beschaffung wäre es ein Unsinn, die alten Tiger nachzurüsten. Sie sind auszumustern. Die nun stärker belasteten F/A-18 werden durch den Wegfall der Tiger ihre verbleibenden Flugstunden schneller verbraucht haben. Spätestens nach den Wahlen 2015 muss darum die Gesamterneuerung der Kampfflugzeugflotte angepackt werden. Dabei kommt nur ein Flugzeug der neuesten Generation in Frage. Zudem muss demnächst das ganze Boden-Luft-Verteidigungssystem erneuert und die Luftaufklärung durch eine moderne Drohne zur Ablösung des veralteten ADS 95 ersetzt werden.

Gepanzerte Fahrzeuge, ihr Schutz, ihre Feuerkraft und ihre Mobilität werden weiterhin entscheidendes



*Auch im 21. Jahrhundert gehören Kampfflugzeuge zu einer vollständigen Armee. (Copyright: Schweizer Armee - ZEM | Urheber: Philipp Schmidli)*

Mittel zur Durchsetzung sowohl gegen konventionelle wie auch gegen asymmetrisch operierende Gegner bleiben. Die Minimierung von Verlusten an eigenen Soldaten und das bessere Durchsetzungsprofil rechtfertigen den Aufwand für Beschaffung, Unterhalt und Ausbildung bei Weitem. Gepanzerte Fahrzeuge werden das Bild moderner europäischer Armeen somit noch lange und immer mehr beherrschen. Dies nicht zuletzt deshalb, weil die wirksamste Waffe gegen gepanzerte Fahrzeuge ebensolche sind. Nur wer keine eigenen hat, muss sich auf die beschriebenen Panzerabwehrmittel mit gefährlich kurzen Einsatzdistanzen oder eben auf Minen und improvisierte Ladungen verlassen. Die Verschiebung und der Kampf ab gepanzertem Fahrzeug bleibt in Zonen mit echter Gefährdung durch Artillerie, Minenwerfer und Infanteriewaffen die beste Option für die eigene Truppe. Wo immer möglich, ist deshalb die flächendeckende Ausrüstung mit Fahrzeugen, die entsprechend ihrer wahrscheinlichen Einsatzform unter-

schiedlich stark gepanzert und bewaffnet sind, anzustreben.

Auch die Bedeutung der Artillerie darf nicht unterschätzt werden: Eine Armee, die das aktuelle Technologieniveau anderer Streitkräfte halten will, wird immer das weitreichende, präzise schwere Feuer der Artillerie brauchen. Das bestehende System Artillerie darf erst aufgegeben werden, wenn das neue eingeführt wird. Die Zukunft gehört kleineren Batterien, vielleicht Halbbatterien oder sogar Einzelgeschützen. In der Wirkungsdistanz spricht man nicht mehr von 20 Kilometern, sondern mindestens von der doppelten Reichweite – verbunden mit einer völlig neuen Dimension in der Feuerführung und Übermittlung. Eine Revolution steht ebenso bei der Munition bevor. Die herkömmliche Munition wird ersetzt durch «intelligente» Geschosse, die ihr Ziel auch über Distanzen von 40, 50 Kilometern selber suchen – und genau treffen.

## Irrtum 7: Bei der Armee und bei teuren Beschaffungen müsse das Volk mitreden.

**Fakt ist: Beschaffungsfragen sind oftmals komplizierter Natur, bedingen Sachverstand und eine objektive Haltung. Wichtige Beschaffungen dürfen nicht durch emotionale, ideologische und armeefeindliche Vorstösse zu Fall gebracht werden.**

Zunächst geht es bei der Beschaffungsfrage um unsere Staatsordnung: Gemäss der geltenden Kompetenzordnung fallen Beschaffungsentscheide für unsere Armee in die Kompetenz des Bundesrates und des eidgenössischen Parlamentes. Ein Rüstungsreferendum hat das Schweizer Volk klar abgelehnt.

Vor diesem Hintergrund ist der Entscheid, die Gripen-Beschaffung mit einer gesetzesbasierten Fond-

lösung referendumsfähig zu machen, hart zu kritisieren. Damit wurde gültiges, vom Souverän sanktioniertes Recht unverantwortlich umgangen. Bundesrat und Parlament haben das Recht und die Pflicht, derartige Beschaffungen in alleiniger Kompetenz durchzuziehen. Die Mittel der Volksinitiative und des Referendums werden von Armeegegnern missbraucht, um diese Tatsachen zu umgehen. «Freiwillige» Unterstellungen von Beschaffungsvorhaben unter ein Referendum sind unsinnige politische Manöver. Denn durch das Konstrukt via Fonds-Gesetz für die ausserordentliche Beschaffung wurde das Geschäft für politischen Widerstand erst recht angreifbar.

Hinzu kommen die dauernden Ärgernisse nicht ausgeschöpfter Beschaffungskredite und in der Höhe

stark schwankender Rüstungsprogramme. Aus den jüngsten Ereignissen muss der Schluss gezogen werden, dass das gegenwärtige Vorgehen bei der Planung und Beschaffung von Armeegütern nicht länger geeignet ist, um den Bedürfnissen der Armee gerecht zu werden. Künftig sollten Beschaffungsprozesse in einer mehrjährigen Planung im Rahmen von durch das Parlament mittels Rahmenkrediten abgesicherten neuen Verfahren ablaufen. Basis bilden die vom Parlament abgesegneten Fähigkeiten der Armee. Die jährlichen «Einkaufslisten» in Form von mit Budgets versehenen Rüstungsprogrammen sollten – wie bei der Landwirtschaft oder der Entwicklungshilfe längst üblich – auf Mehrjahresprogramme in Verbindung mit Mehrjahreskrediten abgelöst werden. Beschrieben werden dort die erforderlichen Fähigkeiten und nicht Typen oder Modelle einzelner Waffensysteme, von de-

nen der durchschnittliche Parlamentarier nichts versteht.

Dies kann gelingen, wenn Bundesrat und Parlament künftig gemeinsam die Eckwerte der Militär- und Sicherheitspolitik bestimmen. Die Definition der richtigen Sicherheitspolitik für die Schweiz ist ein Akt der politischen Planung, welcher durch die Bundesbehörden zu verantworten ist. Daraus folgt, dass der Bundesrat dem Parlament mehr Mitwirkungsrechte bei der Definition der Sicherheitspolitik gewähren muss; das kann beispielsweise auch mit einer höheren Kadenz der Updates zu den Sicherheitspolitischen Berichten erfolgen. Im Gegenzug dazu bewirkt dieses Mitbestimmungsrecht eine stärkere Einbindung des Parlaments in die strategische Ausrichtung der Schweizer Sicherheitspolitik.

## Irrtum 8: Mit unserer Armee stehe es immer noch zum Besten; die Experten in Bern würden sie laufend entwickeln und verbessern.

**Fakt ist: Die Weiterentwicklung der Armee (WEA) droht, alte Fehler zu wiederholen und die Armee weiter von ihren Kernkompetenzen zu entfernen. Die Schweiz droht sich damit sicherheitspolitisch zu entblößen.**

Inmitten Europas liegt eine reiche und saturierte Schweiz, die sich in der Wirtschaftskrise nur leichte Schrammen zugezogen hat und deren Souveränität sich im letzten Jahr grossmehrheitlich für die Wehrpflicht aussprach. Leider ist es auch dieselbe Schweiz, die sich sicherheitspolitisch zu verabschieden droht. Die von der Verfassung geforderte und im Sicherheitspolitischen Bericht 2010 formulierte Landesverteidigungs-Strategie, bestehend aus Sicherheitsverbund Schweiz und internationaler Kooperation zur Vorbeugung, Abwehr und Bewältigung sich abzeichnender Gefahren, kann, von einem ob-



*Die Armee muss ihre Fähigkeiten und Kernkompetenzen erhalten und verbessern. Dies gelingt nur durch gezieltes Üben. (Copyright: Schweizer Armee – ZEM | Urheber: André Scheidegger)*

jektiven und ehrlichen Standpunkt betrachtet, mit den geplanten Streitkräften kaum mehr erfüllt werden.

Unsere Streitkräfte müssen dreifach wirken – präventiv, dissuasiv und defensiv: Mögliche Bedrohungen sollen gar nicht erst entstehen können; falls sie sich doch entwickeln, ist ein Übergreifen auf die Schweiz durch Präsenz abzuwehren; falls alles nichts nützt, ist die Gefahr durch die physische Austragung des Konfliktes abzuwenden. Um diese Wirkungen zu erzielen, braucht die Schweiz ein flexibles und ausreichend kompetentes und ausgerüstetes Machtmittel. Das Spektrum an Fähigkeiten umfasst, dass die grossen Verbände und deren Führung im Einsatz das Gefecht der verbundenen Waffen und die Zusammenarbeit kombinierter Einsatzkräfte beherrschen müssen. Dazu braucht es:

- Organisation und Strukturen: Task-Force-Strukturen bei den grossen Verbänden.
- Einsatzfähigkeit: Keine Separierung zwischen Kampf (Panzer/Artillerie) und Schutz (Infanterie), sondern Fähigkeit zur Zusammenarbeit.
- Ausrüstung: Ausreichend Mittel auf Basis eines systematischen Technologie-Benchmarks mit vergleichbaren Ländern.
- Leitlinien für realistische Einsatzverfahren und ein geeignetes Trainingsprogramm für die taktische, obere taktische, operative und militärstrategische Stufe.

- Ausreichend glaubwürdige und intensive Ausbildung, welche einheitsübergreifende Einsätze ermöglicht.

Entscheidend für die Tauglichkeit von Streitkräften sind die militärischen Fähigkeiten, die in verlangter Qualität und Quantität über bestimmte Zeiträume verfügbar gemacht werden können. Entsprechend sind diese Fähigkeiten präzise zu definieren. In diesem Sinne ist die VBS-Begrifflichkeit verfehlt: «Leistungsprofil» muss durch «Fähigkeiten» ersetzt werden. Der Begriff «Fähigkeiten» impliziert nicht nur «wissen, wie man es machen würde» (savoir faire), sondern sein Handwerk beherrschen (pouvoir faire)!

Aus diesen Überlegungen ergibt sich die Schlussfolgerung, dass alle Ausbildungstätigkeiten der Armee auf Übungen zur Bewältigung komplexer Operationen ausgerichtet werden müssen. Der Erhalt der sogenannten Verteidigungskompetenz ist insbesondere sicherzustellen, indem in Übungen und Manövern die Bewältigung von komplexen Szenarien über das ganze Bedrohungsspektrum trainiert wird. Einzig mit einer konsequenten Fokussierung auf eine fähigkeitsorientierte Streitkräfteplanung lassen sich die zur Bewältigung moderner Bedrohungen notwendigen Kompetenzen in ausreichender Qualität aufrechterhalten und aufbauen.

## **Irrtum 9: Die Weiterentwicklung der Armee (WEA) sei auf Kurs, man müsse nur die Botschaft etwas volksnäher redigieren, dann sei «alles in Butter».**

**Fakt ist: Die WEA ist ungenügend abgestützt: Ein fehlender Konsens in den Kantonen und in der Politik, gepaart mit inhaltlichen Mängeln, gefährdet die aktuelle WEA im Parlament und an der Urne.**

In den vergangenen zwei Jahrzehnten jagte eine Armee reform die andere. Angefangen mit der Armee 95, dicht gefolgt durch die Armee XXI, verschlimmbessert durch den Entwicklungsschritt 08/11, landet man

schliesslich bei der WEA – eine Reform, mit der vieles, was vorher falsch gelaufen ist, wieder zurechtgebogen werden soll und grundsätzlich in die richtige Richtung zeigt. Allerdings hat man vernachlässigt, dass in der gegenwärtigen politischen Situation eine auf gut vier Jahre alten Grundlagen basierende Armee reform nach dem Gripen-Absturz politisch nur schwer zu lancieren ist und im Wahljahr 2015 kaum zum Abschluss gebracht werden kann. Bei der WEA wird der nicht (mehr) vorhandene politische Konsens, sei es zwischen Links und Rechts, aber auch zwischen der Mitte und Rechts, zwischen Traditionalisten und Reformern, zwischen Hardlinern und Softies sowie zwischen Abschaffern und Cyber-Kriegern besonders deutlich spürbar. In die Quere geraten wird der WEA sodann das bereits angekündigte Update zum Sicherheitspolitischen Bericht, welcher noch in diesem Jahr erscheinen sollte. Ohne diesen zu kennen, werden viele Politiker verschiedenster Couleur nie bereit sein, für eine neue Ausrichtung der Armee Hand zu bieten. Dabei wird sie auch wenig interessieren, dass die heutige WEA auf den Bericht 2010 abstützt. Vier Jahre sind in der Politik eine lange Zeit.

Doch nicht nur viele Politiker und die Parteien müssen als Hürde bei der Umsetzung der WEA gesehen werden. Denn auch die Kantone haben ihre Partikularinteressen angemeldet und sind bereit, diese mit allen Mitteln zu verteidigen. So liessen die Reaktionen nicht lange auf sich warten, als im Herbst 2013 das VBS bekanntgab, welche Waffenplätze und Flugplätze es im Rahmen der WEA zu schliessen gedenkte. Kantone, welche von Schliessungen betroffen sein werden, liefen Sturm und versuchen seither zu retten, was noch zu retten ist.

Noch ist es nicht zu spät. VBS und – wenn dort kein Wille vorhanden ist – die eidgenössischen Räte müssen nun dringend ihre Hausaufgaben machen. Die definitive, dem Parlament zu unterbreitende WEA ist wie folgt zu überarbeiten: Es braucht konkret fassbare Beschreibungen der zu erhaltenden Fähigkeiten, der zu erreichenden Leistungen und der dafür notwendigen Kompetenzen. Es braucht sodann eine überzeugende Beschreibung der Einsatzdoktrin, Struktur, Organisation und materielle Ausstattung. Es braucht des Weiteren zahlreiche materielle Anpassungen im nur teilweise verbesserten Ausbildungskonzept. Als Beispiele seien hier die inkonsequente Reform der Kaderausstellung, das unrealistische 2-Wochen-WK-Modell oder das Fehlen der Ausrichtung der Armee auf die verlangten Fähigkeiten gegeben. Auf die Degradierung der Infanterie zur Hilfspolizei ist zu verzichten. Die Losung lautet Zusammenarbeit statt Separation.

Im Jahre 2014 brauchen wir eine realistische Lagebeurteilung, was die Lage der Welt anbelangt. Beim Ziehen der richtigen Schlussfolgerungen für unsere Armee brauchen wir weniger Opportunismus, weniger Regional- und weniger Parteipolitik; wir erwarten ein verantwortungsvolles Ringen um eine effektive und effiziente Armee, getragen von ihrer Bevölkerung und gestützt von industriellen Fähigkeiten. Diesen Kampf gilt es von allen Beteiligten täglich auszugetragen. Weniger wäre fahrlässig oder gar mutwillig, vor allem aber existenziell bedrohend für die Milizarmee eines Landes, wo das Volk der Souverän ist. Im Zweifel muss die Sicherheit vorgehen, weil es um die Bürger geht.



## VEREIN SICHERHEITSPOLITIK UND WEHRWISSENSCHAFT

### Unsere Ziele

Der Verein Sicherheitspolitik und Wehrwissenschaft und seine Mitglieder wollen

- bekräftigen, dass die Schweiz auch in Zukunft ein militärisch ausreichend geschützter Raum bleiben soll,
- erklären, dass ein wirksamer Schweizer Beitrag an die Stabilisierung primär des europäischen Umfeldes eine glaubwürdige, kalkulierbare und umfassende Schweizer Sicherheitspolitik benötigt,
- herausarbeiten, dass die Schweiz nicht nur als Staat, sondern auch als Wirtschaftsstandort, Denk-, Werk- und Finanzplatz sicherheitspolitisch stabil bleiben muss, um weiterhin erfolgreich existieren zu können,
- darlegen, dass eine sichere Schweiz angemessene Mittel für ihre Sicherheitspolitik benötigt,
- aufzeigen, was für eine effiziente und glaubwürdige Armee im Rahmen des integralen Selbstbehauptungsapparates an Führungscharakter und Kompetenz, an Ausbildung, Ausrüstung und Organisation nötig ist,
- sich dafür einsetzen, dass künftige Reformen der Milizarmee und ihrer Einsatzdoktrin diesen Postulaten entsprechen.

### Unsere Leistungen

Der Verein und seine Mitglieder verfolgen diese Ziele seit 1956 durch Informationsarbeit in Form von Studien, Fachbeiträgen, Publizität und Stellungnahmen (vgl. [www.vsww.ch](http://www.vsww.ch)), Vorträgen, Interviews und Gesprächsbeiträgen.

So hat er wesentlich geholfen,

- gegen eine moderne Schweizer Sicherheitspolitik gerichtete Volksinitiativen und Referenden zu bekämpfen sowie
- Expertenbeiträge zu einer neuen Sicherheitspolitik und zu einer glaubwürdig ausgebildeten und ausgerüsteten Armee zu leisten.

### Unsere Zukunftsvision

Wir wollen mit unserer Arbeit dazu beitragen,

- dass die Schaffung eines breit abgestützten inneren Konsenses im Bereich der militärischen Selbstbehauptung in der Schweiz gelingt und
- die gesellschaftliche, wirtschaftliche und politische Integration unserer Milizarmee auch in Zukunft intakt bleibt.

### Unsere Mittel

Wir finanzieren unsere Publikationen durch Mitgliederbeiträge, Gönnerbeiträge, Spenden sowie Legate.

### Unsere Publikationen

Finden Sie unter: [www.vsww.ch](http://www.vsww.ch)

### Sie erreichen uns unter:

Verein Sicherheitspolitik und Wehrwissenschaft,  
Postfach 65, 8024 Zürich

**Internet: [www.vsww.ch](http://www.vsww.ch)**

Telefon: 044 266 67 67 oder Fax: 044 266 67 00

Spenden auf: Postkonto 80-500-4, Credit Suisse  
Zürich, Konto-Nr. 468809-0

**Herzlichen Dank für Ihre Unterstützung!**